



öffentlich

Betreff:

Aufhebung Ausschreibungsverfahren Freizeitbad

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 27.09.2011

Eingang 902: 27.09.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
28.09.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Januar 2010, DS 10/SVV/0037, zum Bau eines Freizeitbades im Bornstedter Feld wird aufgehoben.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich dafür zu sorgen, dass das Ausschreibungsverfahren für den Bau eines Freizeitbades im Bornstedter Feld aufgehoben wird.

Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Nachdem sich große Teile der Stadtverordnetenversammlung von vornherein gegen den Bau eines Freizeitbades im Bornstedter Feld ausgesprochen und den Beschluss vom Januar 2010 nicht mitgetragen haben, ist inzwischen der öffentliche Protest gegen den damit verbundenen Abriss der Schwimmhalle am Brauhausberg massiv angewachsen.

Die Existenz bzw. der absehbare Bau von Freizeitbädern in unmittelbarer Umgebung verändern die Ausgangsbedingungen für eine solche Investition ebenso wie die deutlich höheren Investitionskosten. Mit dem Kurswechsel der Potsdamer SPD wird zudem deutlich, dass es in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit für dieses Vorhaben mehr gibt.

Nach den wiederholten Fehlentscheidungen zu diesem Thema sollte unverzüglich eine Korrektur vorgenommen werden, um nicht noch mehr Zeit und Geld zu verlieren.